

Schreiben an die Frankfurter Frauendezernentin, das am 21.02. per Email verschickt wurde

umweltdezernat@stadt-frankfurt.de

Sehr geehrte Frau Zapf Rodriguez,

am Samstag, den 14.02. war V-Day - Internationaler Aktionstag gegen Gewalt an Mädchen* und Frauen*

Auch wir von Care Revolution Rhein-Main haben uns daran beteiligt, weil unser zivilgesellschaftliches Engagement auf die Verwirklichung einer Care-zentrierte Gesellschaft ausgerichtet ist. Eine Gesellschaft, in der die Verletzlichkeit jedes Menschen und unsere Angewiesenheit aufeinander anerkannt und somit unser Denken und Handeln bestimmen. (Siehe auch unsere Position: <https://carerevolution-rhein-main.org/2026/02/11/women-on-fire-ni-unamenos-in-einer-care-zentrierten-gesellschaft/>)

Es muss Schluss sein mit Gewalt. Zumindest muss alles getan werden um Menschen, und besonders Frauen, davor zu schützen.

Damit Frauen* sich aus traumatisierenden Beziehungen befreien können, muss Politik dafür sorgen, dass sie zunächst Zuflucht in einem Frauenhaus finden und dann bald eine eigene Wohnung beziehen können, damit der Platz im Frauenhaus für Frauen in akuten Problemlagen wieder verfügbar ist.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, das von Deutschland am 12. Oktober 2017 ratifiziert wurde, schreibt der Politik vor, Hilfe im Zugang zu Unterbringungsmöglichkeiten (Einrichtung von Frauenhäusern) zu leisten.

Die Stadt Frankfurt ist Eigentümerin des Hauses in der Wittelsbacher Allee 89. Warum steht dieses Haus schon länger leer und verfällt? Wann wird dieses Gebäude zu einem Frauenhaus gemacht? Was können Sie als Frauendezernentin tun, damit dieser Missstand behoben wird? Besonders Frauen mit Kindern sind in einer sehr schwierigen Lage, denn sich aus einer traumatisierenden Beziehung zu befreien, bedeutet aber zur Alleinerziehenden zu werden. Und diese Frauen sind die am meisten von Armut Betroffenen. Die *child-penalty* greift besonders erbarmungslos zu: Wie eine bezahlbare Wohnung finden, die auch so angebunden ist an alle für die Bewältigung des Alltags mit Kindern notwendigen Infrastrukturen, dass diese lebensnotwendige Sorgearbeit – die mit niemandem geteilt werden kann - auch noch mit einer Erwerbstätigkeit vereinbar ist?

Frankfurt muss sich dieser sehr verletzlichen Menschen annehmen und Bedingungen schaffen, die ihnen ermöglichen, ihrer Menschenwürde entsprechend zu leben. Deshalb wenden wir uns auch an Frau Voitl als Sozialdezernentin und Herrn Dr. Marcus Gwenchenberger als Planungs- und Wohnungsdezernent.

In Erwartung Ihrer Stellungnahme grüßen wir Sie

Care Revolution Rhein-Main